



Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.329.836

Wien, am 27. Juni 2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Ing. Reinhold Einwallner, Christian Oxonitsch, Dr. Harald Troch, Genossinnen und Genossen haben am 27. April 2023 unter der Nr. **14967/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Errichtung eines Abschiebezentrum und menschenrechtswidrigen Gefängnis in Bosnien mit österreichischem Steuergeld“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *Seit wann besteht die Zusammenarbeit zwischen dem BMI und dem ICMPD?*

Das International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) wurde 1993 auf Initiative des Bundesministeriums für Inneres und des Schweizer Justiz- und Polizeidepartments anlässlich des damals herrschenden Migrationsdrucks aus Ost- und Südosteuropa gegründet.

Zu den Fragen 2 und 3:

- *Welche Projekte wurden in Zusammenarbeit zwischen BMI und dem ICMPD realisiert? Listen Sie diese bitte nach Jahr der Planung und Realisierung auf.*

- *Wie hoch sind die Finanzmittel, die für die Projekte des ICMPD aus dem BMI zur Verfügung gestellt wurden jeweils?*

Die bisherigen Projekte sind nachfolgender Tabelle zu entnehmen (bei den Kosten handelt es sich um Euro – Beträge):

Projekt	RAPAK – Support to Federal Investigation Agency’s capacities for enhanced risk management – Pilot project
Länder	Pakistan
Inhalt/Zielsetzung	Unterstützung der pakistanischen Grenzbehörden bei Risikoallokation und Risikoeindämmung an Luftgrenzen mittels der Erarbeitung und Implementierung eines Risikoanalysemodells
Laufzeit	1. Jänner 2023 bis 30. Juni 2024
Gründe/Daten- und Faktenlage	Projektbeteiligung aufgrund eines hochqualitativen Projektantrags und des Bedarfs. Die Unterstützung von Drittstaaten in der Etablierung funktionierender Migrationssysteme gehört zu den strategischen Schwerpunkten des Bundesministeriums für Inneres, insbesondere vor dem Hintergrund der Bekämpfung des Schlepperwesens und der irregulären Migration.
Kosten	88.690,10 Finanzierungsanteil Migration Partnership Facility 50.000,00 Nationaler Finanzierungsanteil
Ergebnisse	Das Projekt ist derzeit noch in Umsetzung.

Darüber hinaus wird auf die Beantwortung der Frage 2 der parlamentarischen Anfrage Nr. 12820/J vom 2. November 2022(12605/AB XXVII.GP) verwiesen.

Zur Frage 4:

- *Können Sie ausschließen, dass durch den Einfluss der ÖVP Niederösterreich im BMI (HBM Gerhard Karner) und dem ICMPD (Präsident Spindelegger) eine informelle Ebene besteht, auf der Projekte besprochen wurden und Gelder geflossen sind?*

Ja.

Zu den Fragen 5 bis 15:

- *Was ist der konkrete Zweck, zu dem das Gefangenenerlager in Lipa errichtet wurde?*
- *Inwiefern war das BMI finanziell und konzeptionell in die Umsetzung des Projekts in Lipa eingebunden bzw. daran beteiligt?*
- *Wird es weitere Finanzmittel geben, die in Lipa aufgewendet werden sollen?*
 - a. *Falls ja: Wie hoch sind diese und wann sollen diese fließen?*
 - b. *Falls ja: Wer erhält diese Mittel konkret und sind Nachweise bzw. Dokumentationen zur Verwendung der Mittel zu erbringen?*
- *Gab es hinsichtlich des Gefangenenerlagers in Lipa eine Zusammenarbeit zwischen BMI und dem Land Oberösterreich?*
 - a. *Falls ja: Aus welchem Grund existiert diese Zusammenarbeit und was beinhaltet sie konkret?*
 - b. *Falls ja: Durch wen wurde das BMI und das Land OÖ in dieser Zusammenarbeit vertreten?*
- *Hat das BMI eine aktive kontrollierende Rolle in der bereits genannten Gefangenenanlage?*
 - a. *Wenn ja: Wie gestaltet sich diese?*
 - b. *Wenn nein: Aus welchem Grund wurden dann Finanzmittel zur Verfügung gestellt?*
- *Im Hinblick auf die aktuellen Berichte von Augenzeug*innen über die Zustände in der Gefangenenanstalt in Lipa stellt sich die Frage nach möglichen Maßnahmen zur Beseitigung der aufgezeigten Missstände. Ist von Ihrer Seite aus geplant, direkt auf die neuen Berichte zu reagieren und diese Missstände zu beseitigen? Wenn ja, wie sollen diese Maßnahmen konkret aussehen?*
- *Wird das BMI eigene Handlungen oder Untersuchungen ins Leben rufen, um die Lage vor Ort genauer zu erheben und zu beobachten?*
- *Besteht seitens des BMIs eine Erklärung, wie es zu diesen Missständen kommen konnte?*

- *Sind zukünftig Maßnahmen geplant, um die Lage der Gefangenen vor Ort nachhaltig zu verbessern? Sind in der Gefangeneneneinrichtung in Lipa österreichische Beamte der Polizei, oder Bedienstete Ihres Ressorts oder anderer Ressorts eingesetzt?*
 - a. *Falls ja: Wie viele, seit wann und wie hoch sind die Kosten dafür?*
 - b. *Falls nein: Können Sie einen Einsatz österreichischer Polizeibeamter oder Beschäftigter Ihres Ressorts auch in Zukunft ausschließen?*
- *Können Sie Menschenrechtsverletzungen in Lipa, insbesondere in der Gefangeneneneinrichtung, die durch Ihr Ressort und damit aus österreichischen Steuermitteln finanziert wurde, ausschließen?*
 - a. *Wenn ja: In welcher Form können sie die Einhaltung der Menschenrechte garantieren?*
 - b. *Wenn nein: Werden Sie mit Blick auf diesen Umstand weitere Zahlungen an das ICMPD einstellen bzw. ausschließen?*
 - c. *Wenn nein: Wie rechtfertigen Sie den Einsatz österreichischen Steuergelds, wenn die Menschenrechte, zu denen sich Österreich bekennt, nicht eingehalten werden bzw. garantiert werden können?*
- *Sind weitere, ähnliche Projekte durch Ihr Ressort mitfinanziert, oder ist eine Mitfinanzierung weiterer Projekte geplant?*
 - a. *Falls ja: Welche?*
 - b. *Falls ja: Wie hoch sind die Mittel für diese Projekte jeweils?*

Dem Bundesministerium für Inneres ist kein „Gefangenenlager Lipa“ bekannt. Betreffend das TRC Lipa wird auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 11750/J vom 7. Juli 2022 (11455/AB XXVII.GP) verwiesen.

Generell ist festzuhalten, dass es sich beim TRC Lipa um eine im Kompetenzbereich des Sicherheitsministeriums von Bosnien und Herzegowina stehende Unterbringungsstätte handelt. Das Bundesministerium für Inneres war weder in die Konzeption noch war bzw. ist es in den Betrieb des TRC in Lipa involviert. Auch waren zu keiner Zeit österreichische Exekutivbedienstete des Bundesministeriums für Inneres im Rahmen einer Auslandsentsendung oder einer sonstigen internationalen Kooperation in der Einrichtung in Lipa im Einsatz. Es sind auch zukünftig keine diesbezüglichen Entsendungen geplant.

Zur Frage 16:

- *Welche Flüchtlingslager unterstützt Ihr Ressort mit finanziellen, oder materiellen Mitteln? Listen Sie bitte Jahre, Projektpartner und Fördervolumen auf.*

Im Sinne seiner langjährigen Tradition der internationalen humanitären Hilfe, unterstützt Österreich – auch in Kooperation mit anderen Staaten – regelmäßig bilateral sowie im Wege des EU Zivil- und Katastrophenschutzmechanismus und hat auf entsprechende Hilfeersuchen jeweils rasch reagiert und Hilfe angeboten.

Zur Frage 17:

- *Werden vergleichbare Projekte auf europäischer Ebene gerade umgesetzt, an denen sich das Bundesministerium für Inneres nicht beteiligt?*
 - a. *Wenn ja: Welche?*

Die Beantwortung dieser Frage fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

Zu den Fragen 18 und 21:

- *Sind Ihnen die Menschenrechtsverletzungen, die der kroatischen Polizei vorgeworfen werden, bekannt?*
 - a. *Werden Sie diese auf europäischer Ebene, z.B. im Rahmen eines Rats der Innenminister ansprechen?*
 - b. *Werden Sie sich für eine Aufklärung dieser Vorwürfe auf europäischer Ebene einsetzen?*
- *Bezüglich diverser Menschenrechtsverletzungen im Flüchtlingswesen am Balkan (Serbien, Ungarn, Bosnien, Kroatien) haben Sie in mehreren Interviews gemeint, dass diese untersucht werden müssen. Haben Sie im Innenministerium eine Gruppe zur Untersuchung dieser Vorkommnisse eingerichtet?*
 - a. *Wenn nein: Warum nicht?*
 - b. *Wenn nein: Setzen Sie sich auf anderen Ebenen für die Untersuchung dieser Vorkommnisse ein und falls Sie das tun, auf welchen Ebenen und durch wen sollen diese untersucht werden?*
 - c. *Wenn ja: Seit wann besteht diese Gruppe und ist diese schon zu Erkenntnissen gelangt bzw. bis wann ist mit diesen Erkenntnissen zu rechnen?*

Es wird auf die Beantwortung zu den Fragen 11 bis 13 der parlamentarischen Anfrage Nr. 13074/J vom 17. November 2022 (12738/AB XXVII.GP) verwiesen.

Zu den Fragen 19 und 20:

- *Hat Ihr Ressort mit Regierungschef von Una-Sana, Mustafa Ruznic, bezüglich dieser Vorwürfe Kontakt aufgenommen?*
- *Waren im Rahmen der Planung und Errichtung der Einrichtung in Lipa die örtlichen bzw. regionalen Behörden und Gemeinden eingebunden?*
 - a. *Falls ja: Welche und ab wann?*
 - b. *Falls ja: Wie konkret?*
 - c. *Falls nein: Wieso nicht?*
 - d. *Falls nein: Wer wurde vor Ort als Ansprechpartner*innen eingebunden?*

Nein. Überdies wird auf die Beantwortung zu den Fragen 2 und 16 der parlamentarischen Anfrage Nr. 11750/J vom 7. September 2022 (11455/AB XXVII.GP) verwiesen.

Zur Frage 22:

- *Bereits 2017 geriet das ICMPD in die Kritik, weil die Qualität der Arbeit unzureichend war- Förderungen flossen jedoch trotzdem. Zudem wurde im ÖVP-Untersuchungsausschuss deutlich, dass das Projekt „Suprem“ nicht den gewünschten Erfolg brachte und vom ICMPD nur 230.000 der 770.000 Euro an Geldern aus dem BMI abgeholt werden konnten. Was sind die konkreten Gründe, weshalb nur 230.000 Euro der 770.000 Euro abgeholt werden konnten?*

Es darf auf die Beantwortung der Frage 2 der parlamentarischen Anfrage Nr. 12820/J vom 2. November 2022 (12605/AB XXVII.GP) verwiesen werden. Ganz grundsätzlich sind zugesagte Förderbeträge als Maximalbeträge zu verstehen. Für die volle Ausschöpfung bedarf es eines Nachweises durch Belege.

Zu den Fragen 23 und 24:

- *Wie begründet sich die weiterhin durch das BMI geleistete Förderung von Projekten des ICMPD und welche stehen konkret in der Kritik?*
- *Werden auch andere Träger trotz wiederholter Kritik an der Qualität ihrer Arbeit und unzureichend funktionierender Projekte weiterhin vom BMI gefördert?*
 - a. *Falls ja: Welche sind das und wie hoch sind die Fördermittel? Bitte listen Sie diese nach Jahr seit Bestehen der Förderung und Projekt sortiert auf.*

Die internationale Organisation ICMPD wird seit vielen Jahren als verlässlicher und seriöser Partner für zahlreiche europäische Staaten und europäische Institutionen in Migrationsangelegenheiten wahrgenommen.

„Wiederholte Kritik“ ist kein Bewertungskriterium für das Bundesministerium für Inneres. In die Entscheidung über eine Fördervergabe und die Bewertung eines Förderantrages fließen bisherige Erfahrungen mit den jeweiligen Projektträgern mit ein. Erfolgreiche oder weniger erfolgreiche Projektabwicklungen werden entsprechend gewürdigt. Sonstige Projekte einer Organisation können auch unabhängig von „wiederholter Kritik“ finanziert werden, wenn sie den geforderten Kriterien entsprechen und eine budgetäre Bedeckung vorliegt.

Das gilt, abseits von ICMPD, auch für alle anderen Projektträger.

Gerhard Karner

